

## 6 Der Preis des Imperiums

Fast ein Jahrhundert nach der verhängnisvollen Entscheidung der Osmanen, auf Seiten der Verlierer in den Ersten Weltkrieg einzutreten, wird die Schuld dafür noch immer den europäischen Mächten zugeschoben, die angeblich das unglückliche muslimische Reich in diesen Weltkonflikt getrieben haben.<sup>1</sup> Mit der Zeit und im Gegensatz zu ihrer vernichtenden Kritik am westlichen Imperialismus sind Wissenschaftler und selbst ernannte Experten zudem dazu übergegangen, die osmanische Kolonialordnung als leuchtendes Beispiel der Toleranz gegenüber den Kolonisierten zu erklären. »Das multiethnische osmanisch-türkische Reich«, so der amerikanische Journalist Robert Kaplan, »war gastfreundlicher gegenüber Minderheiten als die ethnisch homogenen demokratischen Staaten, die ihm unmittelbar nachfolgten. Das osmanische Kalifat nahm Türken, Kurden und andere Muslime mit offenen Armen auf und tolerierte christliche Armenier und Juden ... Die osmanische Toleranz gründete auf territorialer Gleichgültigkeit. Da sich die gleiche nicht gerade streng verwaltete imperiale Herrschaft vom Balkan bis nach Mesopotamien und im Süden bis in den Jemen erstreckte, konnten Minderheiten überall in diesem Raum leben, ohne Souveränitätsprobleme aufzuwerfen. Zu gewaltsamen Auseinandersetzungen darüber, welche Gruppe welches Territorium kontrollieren darf, kam es erst, als es mit dem Reich zu Ende ging, nämlich nach dem Ersten Weltkrieg.«<sup>2</sup>

Der amerikanische Wissenschaftler Edward Said war ähnlich beeindruckt vom osmanischen Kolonialismus – so sehr, dass er die Auflösung des Staates Israel und die Degradierung seiner jüdischen Bevölkerung zu einer Minderheitsgruppe entsprechend dem osmanischen Kolonialmodell befürwortete. »Ich finde die Vorstellung von einem jüdischen Staat nicht besonders interessant«, meinte er. »In der Vergangenheit finden sich andere Modelle als das der Separation und Teilung ... Komischerweise funktionierte es im Osmanischen Reich mit seinem [religiös begründeten] *millet*-System recht gut ...

Natürlich gab es Ungerechtigkeiten. Aber die Menschen lebten ohne diese lächerliche Vorstellung, dass jedes *millet* seinen eigenen Staat haben muss ... Was sie damals hatten, wirkt viel humaner als das, was wir heute haben.«<sup>3</sup>

Es ist durchaus zweifelhaft, ob die ehemaligen osmanischen Untertanen diese Sicht der Dinge teilen würden. Die Idee des Imperiums verlangt qua Definition die Vorherrschaft einer ethnischen, religiösen oder nationalen Gruppe über die andere, und das Osmanische Reich bildete keine Ausnahme. Es mag die Existenz einer riesigen nichtmuslimischen Bevölkerung in seiner Mitte toleriert haben, wie dies frühere muslimische (und nichtmuslimische) Imperien taten, aber nur unter der Voraussetzung, dass diese sich in ihrer rechtlichen und institutionellen Minderwertigkeit der islamischen Ordnung der Dinge fügten. Doch sobald diese Gruppen es wagten, diesen Status infrage zu stellen oder sich gar vom Kolonialjoch der Osmanen zu befreien, wurden sie brutal unterdrückt.

Die brodelnde Spannung zwischen den Osmanen und ihren stärker nationalbewussten Untertanen kochte erstmals in Griechenland über, als eine frisch zusammengesetzte Nationalversammlung im Januar 1822 eine Verfassung verabschiedete, den ersten Präsidenten der Hellenischen Republik wählte und die Unabhängigkeit Griechenlands erklärte: »Die griechische Nation ruft Himmel und Erde als Zeugen an, dass sie trotz des schrecklichen Jochs der Osmanen, das sie zu zerstören drohte, noch immer existiert.«<sup>4</sup>

Für Sultan Mahmud II. (1808–1839) war diese Erklärung eindeutig ein verräterischer Akt. Die Griechen waren unter seinen christlichen Untertanen am privilegiertesten, ihnen ging es am besten, sie genossen ein hohes Maß an Autonomie und nahmen im Verwaltungs- und Wirtschaftsleben des Reiches eine Vorrangstellung ein; nach Ansicht des Sultans gab es somit keinen erkennbaren Grund für sie, die Hand, die sie fütterte, zu beißen. Was ihn betraf, so waren die Griechen ein untergebenes Volk – sie waren es immer gewesen und würden es immer sein. Die Vorstellung eines unabhängigen griechischen Nationalstaats auf Augenhöhe mit seinem imperialen Herrn war nicht nur ein unsäglicher Angriff auf die osmanisch-muslimische Würde, son-

Das alarmierte die europäischen Mächte, die die völlige Zerschlagung Griechenlands fürchteten, und am 3. Februar 1830, nach mehr als drei Jahren des Blutvergießens und der Zerstörung, erklärte eine internationale Konferenz in London feierlich: »Griechenland soll einen unabhängigen Staat bilden.«<sup>7</sup> Die neue griechische Regierung sollte eine Monarchie sein, und Großbritannien, Russland und Frankreich wollten die territoriale Integrität des Landes garantieren. Am 7. Mai 1832 unterzeichneten die drei Mächte gemeinsam mit Bayern eine Vereinbarung, die Prinz Otto von Bayern zum König von Griechenland ernannte und dem neuen Monarchen, welcher im Februar 1833 in Athen eintraf, einen dringend benötigten Kredit gewährte.

Diese Entwicklung war wahrhaft revolutionär für das Osmanische Reich, denn sie bedeutete den ersten Gebietsverlust an die aufstrebende Macht des Nationalismus und den Beginn eines steten Entkolonisierungsprozesses, der das Reich bis Ende des 19. Jahrhunderts aus seinen europäischen Provinzen verdrängen sollte. Das nächste Kapitel dieser Saga spielte sich im Sommer 1848 in den Donaufürstentümern Moldau und Walachei ab, wo eine Revolutionsregierung eine Verfassung erließ, die Feudalrechte sowie soziale Unterscheidungen abschaffte und ein unabhängiges Rumänien ausrief, welches die beiden Fürstentümer umfasste. Zwar konnten die Osmanen dieser Entwicklung mit Hilfe der europäischen Mächte, die gleichermaßen darauf bedacht waren, sich der Welle des Nationalismus entgegenzusetzen, ehe sie ihre eigenen Imperien zerstörte, vorübergehend Einhalt gebieten, doch Mitte der 1870er-Jahre flammte die Donaukrise erneut voll auf und wuchs sich dieses Mal zu einer ganzen Kette von Revolten überall auf dem Balkan aus.

Die Lunte an das Pulverfass Balkan wurde im Juli 1875 durch einen Bauernaufstand in der Provinz Herzegowina, im äußersten Südwesten des Osmanischen Reiches in Europa, gelegt, der sich rasch auf die Nachbarprovinz Bosnien ausbreitete. »An allen Ecken lagen unbestattete Leichen; und in einer der Straßen entdeckten wir den Kopf eines Jungen, der in der Sonne schwarz wurde«, berichtete der britische Konsul in Sarajewo von einer typischen »Schlachtfeld«-Szene: »Man brachte ein kleines türkisches Mädchen mit einer

dem auch ein subversives Ideal, das die Grundlagen der osmanischen Kolonialordnung untergraben konnte: »Während es für wahrlich jeden, der dem mohammedanischen Glauben angehört, vom Ersten bis zum Letzten, zur heiligen Pflicht geworden ist, sich zu einem großen Ganzen zusammenzuschließen [d.h. der universellen *umma*], ... wäre die Bestärkung solch leerer Berichte [d.h. des nationalistischen Aufwuchs], Gott möge es verhüten, ein Mittel, um genau die Absichten zu verfolgen, wie sie für die Ungläubigen typisch sind, und ein Grund, um dauerhaften Zwist unter Muselmanen zu schüren: Das ist eines Mannes unwürdig, der dem wahren Glauben angehört ... Wir sind wahre Gläubige und alle fest vereint.«<sup>8</sup>

Schon bald geriet die osmanisch-griechische Konfrontation in eine endlose Spirale der Gewalt. Die griechischen Rebellen verübten sogleich schwere Massaker unter ihren verhassten muslimischen Herren, die Osmanen reagierten mit wütenden Angriffen auf griechische Viertel in den Städten Anatoliens. In Istanbul selbst schockte der Sultan die gesamte Christenheit, insbesondere das orthodoxe Russland, als er den ehrwürdigen Patriarchen Gregorios V. am Morgen des Ostertages öffentlich hängen ließ.<sup>6</sup> Es spielte keine Rolle, dass Gregorios seine Gemeinde zur Zurückhaltung aufgefordert hatte; für den Sultan war der Patriarch als Oberhaupt der orthodoxen *millet* Garant für die Loyalität der Gemeinde. Da ihm nicht gelungen war, diese herzustellen, musste er den Preis dafür bezahlen.

Als es seinen Truppen nicht gelang, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen, sah sich Mahmud II. gezwungen, auf den ägyptischen Statthalter Muhammad Ali zuzugehen und ihm als Gegenleistung für seine Dienste die Insel Kreta zu versprechen. Der ehrgeizige Vizekönig willigte ein und schickte seinen Sohn Ibrahim Pasha, um die Revolte niederzuschlagen. Der erledigte seine Aufgabe mit großer Begeisterung und schickte einen Sack mit Ohren von Aufständischen nach Istanbul, um seine Effizienz zu dokumentieren. Anschließend erhielt er den Befehl, gegen das griechische Festland vorzurücken, nachdem Muhammad Ali dem Sultan weitere Zugeständnisse abringen konnte. Anfang Juni 1827 musste sich die griechische Garnison in Athen ergeben.

Wunde am Hals zu uns und erklärte uns, ein Aufständischer habe ihr den Kopf abschneiden wollen und man habe sie ihm gerade noch entreißen können ... soweit sich feststellen ließ, wurden bei dem Angriff [am Tag zuvor] fünfzig oder sechzig Menschen getötet.«<sup>8</sup> Die osmanischen Bemühungen, den Aufstand niederzuschlagen, lösten einen Kreislauf der Gewalt aus, und schon bald erschütterte der Aufbruch in Bosnien-Herzegowina die gesamte Region. In Serbien und Montenegro kochten die nationalistischen Emotionen hoch. In der Hafenstadt Saloniki wurden ausländische Konsuln ermordet. Eine Revolte in Bulgarien im September 1875 berief sich explizit auf die bosnische Erhebung und nannte sie »den Funken, der die gesamte Balkanhalbinsel in Flammen setzen ... und die türkische Monarchie in Trümmer legen wird«.<sup>9</sup> Diese Prophezeiung erwies sich zwar als etwas verfrüht, da die Revolte brutal niedergeschlagen wurde, doch ein Jahr später erhoben sich die Bulgaren im Balkangebirge erneut, unterstützt von Serbien und emigrierten Revolutionären. Die osmanischen Behörden reagierten mit harter Hand, und die Erhebung endete in einem Blutbad. Massaker an Bulgaren und die Zerstörung von Dörfern durch irreguläre türkische Einheiten sowie gleichermaßen fürchterliche Gräueltaten der Rebellen waren an der Tagesordnung. Im Juni 1876 hatten die Osmanen den Aufstand endgültig niedergeschlagen, sahen sich jedoch sogleich mit der Kriegserklärung Serbiens und Montenegros konfrontiert.

Anders als im Falle Bosniens und der Herzegowina war der serbisch-montenegrinische Schritt keine spontane und schlecht organisierte Erhebung, sondern eine sorgfältig geplante Revolte der beiden mächtigsten südslawischen Nationen, die fest entschlossen waren, an die Stelle der bestehenden kolonialen Unterdrückung ihr eigenes regionales Reich zu setzen. Die Osmanen hatten jedoch keineswegs die Absicht, einfach ihre Koffer zu packen und zu verschwinden. Je ernsthafter ihr Imperium bedroht war, desto härter fiel ihre Reaktion aus. Während Montenegro anfangs gewisse Erfolge verzeichnen konnte, wurde Serbien schon bald in die Knie gezwungen. Gerüchte über eine serbisch-russische Allianz, die in Istanbul alle Alarmglocken ertönen ließen, erwiesen sich als unbegründet. Russland, das

hinsichtlich des Krieges nicht konsultiert worden war, würde die Aufständischen nicht unterstützen und machte unmissverständlich klar: Wenn Serbien das Osmanische Reich attackiere, werde Russland es seinem Schicksal überlassen. Bei einem Treffen am 8. Juli, eine Woche nach der serbischen Kriegserklärung, beschlossen die Außenminister Russlands und des Habsburger Reiches, sich in den neuen Konflikt nicht einzumischen, und stimmten darin überein, dass keine der kriegführenden Parteien im Falle eines Sieges den Status quo ante bellum revidieren dürfe. Das bedeutete, dass sich der serbisch-montenegrinische Traum von einem südslawischen Reich nicht verwirklichen ließ, und im September 1876 besiegten die Osmanen die Serben und stießen bis Belgrad vor.

Hätten die Osmanen an diesem Punkt haltgemacht und einen europäischen Friedensplan für die Region akzeptiert, hätten sie ihre Balkanprovinzen behalten. Doch der Rausch des Erfolgs gegen die Serben sowie zusätzlich noch die zutiefst gestörte Persönlichkeit des neuen Sultans, des 35-jährigen Abdülhamid II., der am 31. August 1876 seinem Halbbruder Murad V. auf dem Thron nachfolgte, schlossen ein solches Vorgehen aus. Trotz seiner Reformversprechen, die ihm in erster Linie an die Macht verholfen hatten, war Abdülhamid von panislamischen Idealen erfüllt: Religiöser Konservatismus, nicht Reformen westlichen Typs waren für ihn der Schlüssel, um den imperialen Glanz wiederherzustellen. Der neue Sultan, der fast schon krankhaft misstrauisch war, lebte in ständiger Furcht vor Verschwörungen und ausländischen Intrigen. Er umgab sich mit einem ausgeklügelten System von Spionen und Doppelagenten und ging sogar so weit, alle Wasserleitungen in seinem Palast unter seiner persönlichen Aufsicht ausgraben und durch neue ersetzen zu lassen, die weniger tief verliefen; damit wollte er sicherstellen, dass jeder Versuch, sie für üble Zwecke zu nutzen, sofort entdeckt wurde.

Verschärft durch diese psychologischen Belastungen, sollte Abdülhamids beinahe messianisches Bemühen, die osmanische islamische Ordnung aufrechtzuerhalten, die Innen- und Außenpolitik des Imperiums mehr als drei Jahrzehnte lang tief greifend beeinflussen. In den turbulenten Monaten der Jahre 1876 und 1877 unterlief er die

Efraim Karsh

# Imperialismus im Namen Allahs

Von Muhammad bis Osama Bin Laden

Aus dem Englischen von  
Andreas Wirthensohn

6 DER PREIS DES IMPERIUMS

internationalen Anstrengungen zugunsten einer friedlichen Lösung des Balkankonflikts und führte das Osmanische Reich in einen verheerenden Krieg mit Russland; dieser endete im März 1878 mit dem Frieden von San Stefano, der das Osmanische Reich letztlich vom Balkan verdrängte.

Zwar ließen sich diese Rückschläge auf einem Kongress der Großmächte, der im Juni 1878 in Berlin tagte, zum Teil wiedergutmachen, doch war ein halbes Jahrtausend osmanischen Imperialismus in Europa unwiderruflich zu Ende, da das muslimische Reich gezwungen war, abgesehen von einigen kleineren Gebieten, seine europäischen Kolonien aufzugeben. Die Unabhängigkeit Rumäniens, Montenegros und Serbiens, die in San Stefano proklamiert worden war, wurde bestätigt, während im Osten das südlich des Balkangebirges gelegene Rumelien, wo die Osmanen einst ihre Kolonialpräsenz begonnen hatten, einem christlichen Gouverneur unterstellt wurde und einen halb autonomen Status genoss. Griechenland bekam Thesalien und einen Teil von Epeiros, Bosnien und Herzegowina gingen an Österreich-Ungarn, und Russland erhielt das südliche Bessarien sowie die asiatischen Territorien Kars, Ardahan und den Hafen Batum am Schwarzen Meer. Lediglich in Mazedonien und einem verkleinerten Bulgarien, das vollständig von der Ägäis abgeschnitten war, konnten die Osmanen einen letzten Rest ihrer früheren Imperialherrschaft aufrechterhalten.

Deutsche Verlags-Anstalt  
München

2007



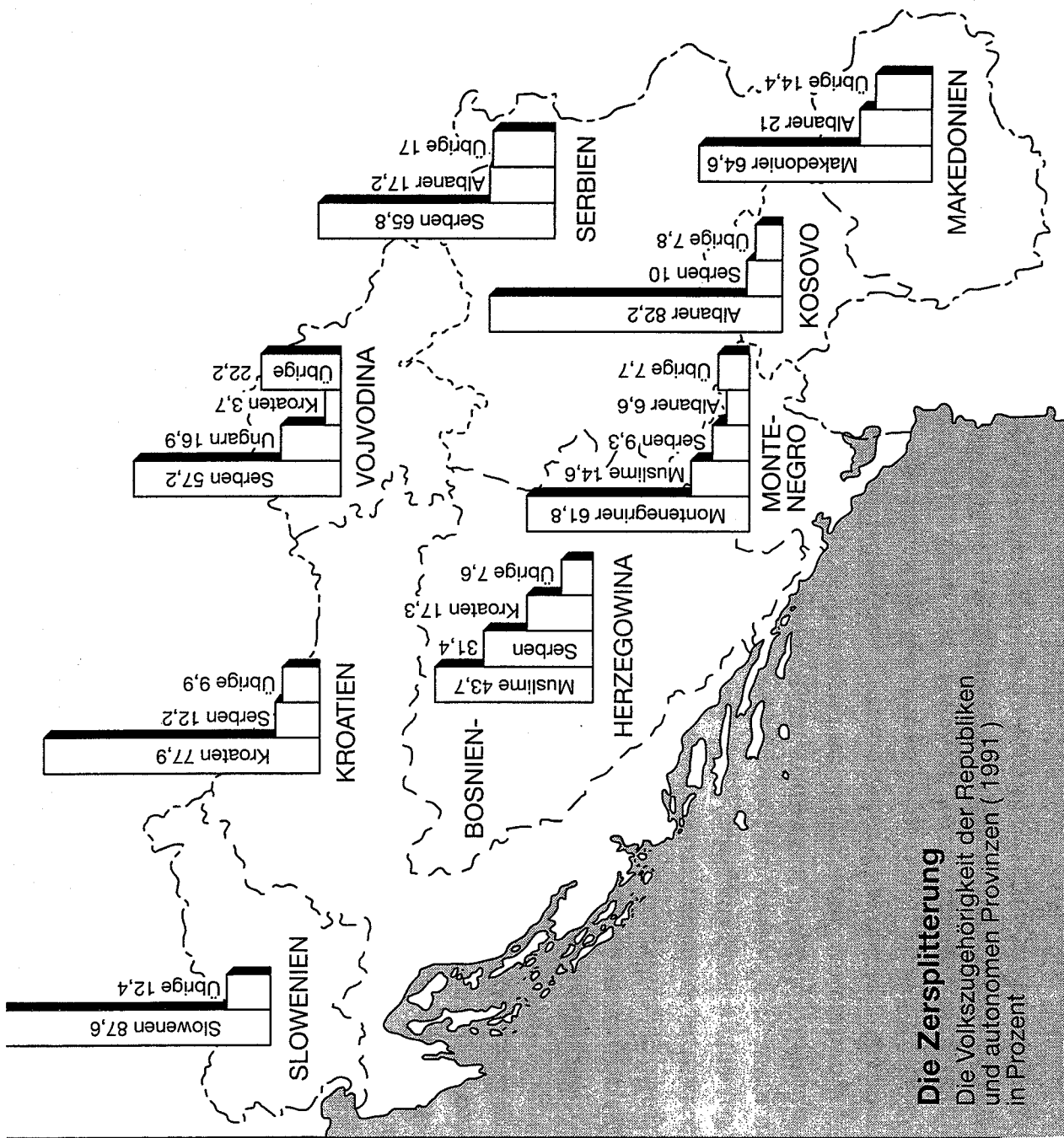
1945

## 16. Sozialökonomische Indikatoren 1976

*Auch fast 30 Jahre nach der sozialistischen Staatsgründung war eine ökonomische Angleichung der Republiken nicht erreicht. In den folgenden Jahren sollte sich die Schere noch weiter öffnen.*

	Territorium (km <sup>2</sup> )	Einwohnerzahl (1971 i. Tsd.)	Beschäftigte (1976 i. Tsd./%)	Sozialprodukt (1972 in %)	Arbeitslose (1976 in %)	Geburtenüber- Analphabeten schuß (1976)	(1971 in %)
SFRJ = 100%	255804	20523 = 100%	4925 = 22,9	11,4	9,7		
Bosnien	51129	3747 = 18,2	17,5	12,4	13,1	26,4	
Kroatien	56738	4426 = 21,6	26,4	26,3	4,6	13,3	
Makedonien	25713	1647 = 8	19,7	5,5	21,7	15,4	9,1
Montenegro	13816	530 = 2,6	18,6	1,9	13,2	12,3	2,7
Slowenien	20251	1727 = 8,4	38,9	16,4	1,7	7,6	0,7
Serbien	88361	8447 = 41,2	21,1	37,5	14,6	9,8	47,8
			davon	davon	davon	davon	davon
Kosovo	10886	1244 = 6,1	10,0	2,0	23,1	28,6	6,0
Vojvodina	21506	1953 = 9,5	25,0	10,6	12,3	4,0	10,7

Quelle: Die Verfassung der SFR Jugoslawien. Eingeleitet von Herwig Roggemann. Berlin 1979, S. 90.



## Jugoslawien

Volkszählung 1991

### Slowenien

Fläche:	20 251 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	1 963 000
Slowenen:	87,6 %
Kroaten:	2,7 %
Serben:	2,4 %
Muslimen:	1,4 %
Andere:	5,9 %

### Kroatien

Fläche:	56 538 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	4 760 000
Kroaten:	77,9 %
Serben:	12,2 %
Jugoslawen:	2,2 %
Andere:	7,7 %

### Serbien (ohne Vojvodina und Kosovo)

Fläche:	56 000 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	5 824 000
Serben:	87,3 %
Muslimen:	3 %
Jugoslawen:	2,5 %
Albaner:	1,3 %
Zigeuner:	1,2 %
Andere:	4,7 %

### Bosnien-Herzegowina

Fläche:	51 121 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	4 365 000
Muslimen:	43,7 %
Serben:	31,4 %
Kroaten:	17,3 %
Jugoslawen:	5,5 %
Andere:	2,1 %



### Montenegro

Fläche:	13 812 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	615 000
Montenegriner:	61,8 %
Muslime:	14,6 %
Serben:	9,3 %
Albaner:	6,6 %
Jugoslawen:	4,2 %
Andere:	3,5 %

### Mazedonien

Fläche:	25 713 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	2 034 000
Mazedonier:	64,6 %
Albaner:	21 %
Türken:	4,8 %
Zigeuner:	2,7 %
Serben:	2,2 %
Andere:	4,7 %

### Vojvodina

Fläche:	21 800 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	2 013 000
Serben:	57,3 %
Ungarn:	16,9 %
Jugoslawen:	8,4 %
Kroaten:	3,7 %
Slowaken:	3,2 %
Montenegriner:	2,2 %
Rumänen:	1,9 %
Zigeuner:	1,2 %
Andere:	5,2 %

### Kosovo

Fläche:	10 900 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	1 955 000
Albaner:	82,2 %
Serben:	10 %
Muslime:	2,9 %

Zigeuner:	2,2 %
Anderere:	2,7 %

Ex-Jugoslawien

Fläche:	255 804 km <sup>2</sup>
Bevölkerung:	23 529 000
Serben:	36,2 %
Kroaten:	19,6 %
Muslimen:	9,8 %
Albaner:	9,1 %
Slowenen:	7,3 %
Mazedonier:	5,6 %
Jugoslawen:	2,9 %
Montenegriner:	2,2 %
Ungarn:	1,4 %
Anderere:	5,9 %

Le Monde diplomatique

Juli 1992, S. 9

Abb. 18: Der Zerfall Jugoslawiens 1991.



## Slobodan Milošević

Seit 1986 beherrschte Slobodan Milošević das politische Leben in Serbien. In dieser Zeit ist er in unterschiedliche Rollen geschlüpft, und auch abrupte Kurswechsel hat er ohne Machteinbusse überstanden. Nach Ansicht der Gegner ist die Erhaltung und Festigung der Macht die einzige Konstante in der politischen Laufbahn von Milošević.

Milošević wurde 1941 in der 60 Kilometer südöstlich von Belgrad gelegenen Stadt Požarevac als zweites Kind eines aus Montenegro eingewanderten orthodoxen Theologen geboren, der die Familie schon früh verliess und sich 1962 das Leben nahm. Ein Jahrzehnt später brachte sich auch die Mutter um.

1959 trat Milošević in die Kommunistische Partei ein. An der juristischen Fakultät der Universität von Belgrad wurde er zum Chef der Parteiorganisation gewählt. Nach dem Abschluss des Studiums war er Direktor der Firma Technogas und der Beogradaska Banka. 1984 wurde er Parteichef von Belgrad. 1986 stand er an der Spitze des Bundes der Kommunisten Serbiens. Milošević war in den Jahren des Aufstiegs ein dogmatischer Kommunist und Titoist, der die ersten Regungen des serbischen Nationalismus bekämpfte und demokratische Reformen ablehnte. Er war ein überaus geschickt lavierender Taktiker, der keine Skrupel kannte, wenn es darum ging, Konkurrenten auszuschalten.

In den Jahren 1987 bis 1990 wandelte sich Milošević vom Funktionär zum Volkstribunen, zum umjubelten, entrückten und selbstbewussten Führer aller Serben. Erstmals kam er im Juni 1987 in der autonomen Provinz Kosovo in direkten Kontakt mit der dortigen serbischen Bevölkerung. "Wir lassen nicht zu, dass man euch schlägt", versprach er seinen Zuhörern. Damit hatte Milošević Kosovo als sein Thema entdeckt. Streikende Arbeiter, die im Oktober 1988 durch die Belgrader Strassen zogen, verwandelte er in glühende Serben: "Wir werden die Konterrevolution in Kosovo zerschlagen und die serbische Verfassung ändern", rief er ihnen zu. Fast jede Woche fanden nun Massenkundgebungen statt. Die Propaganda sprach von einem "Aufbruch des Volkes". Die widerspenstigen Parteiführungen in der Vojvodina und in Montenegro wurden gestürzt und die Autonomie Kosovos aufgehoben. Serbien war damit eine einheitliche Republik geworden. Der Schriftsteller Dobrica

Ćosić, später Präsident Rest-Jugoslawiens, meinte 1988, Milošević habe als erster kommunistischer Politiker Serbiens in der Nachkriegszeit die serbische nationale Frage aufgeworfen, d.h. die Frage der Schaffung eines einheitlichen Nationalstaates aller Serben (also auch der Serben in Kroatien und Bosnien). Milošević wurde nicht nur vom Volk gefeiert, sondern auch von den meisten serbischen Intellektuellen. Was die national gesinnten Intellektuellen in ihren Köpfen ausheckten (Petition von Belgrader Intellektuellen vom 21. Januar 1986; Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, verfasst im Frühjahr, veröffentlicht im September 1986), das setzte der kommunistische Politiker Milošević in den späten achtziger Jahren in die Tat um.

Noch 1990 und zu Beginn des Jahres 1991, als sich das Ende des Vielvölkerstaats Jugoslawien immer deutlicher abzeichnete, dachte Milošević nicht an ein Grossserbien, sondern an die Bewahrung des Gesamtstaates, der allerdings von ihm beherrscht werden sollte. Erst im März 1991 erklärte Milošević erstmals, dass das serbische Volk das legitime Recht habe, in einem gemeinsamen Staat zu leben. Mit seiner Politik ebnete aber Milošević den Sezessionisten in Slowenien und Kroatien das Terrain. Zunächst tat Milošević so, als ob ihn die Kriege in Kroatien und Bosnien nichts angingen. 1993 schlüpfte er in einer weiteren abrupten Kehrtwende in die Rolle des Friedensstifters. Sein Biograph, der serbische Journalist Slavoljub Djukić, bilanzierte 1994: "Er war ein Titoist, ein radikaler Kommunist, ein Gegner Titos, ein Jugoslawe und Nationalist, ein Kriegstreiber und ein unermüdlicher Friedensstifter."

Im Winter 1996/97 kam das Regime allerdings ins Wanken. Tägliche Demonstrationen in Belgrad unterhölhten die Position Miloševićs und seiner Frau Mirjana Marković. Anlass für die Demonstrationen war die plumpe Wahlfälschung der Kommunalwahlen vom 17. November 1996. Westliche Berichte sprachen von einer Bürgerbewegung, doch waren nur die städtische Mittelklasse und die Universitätsstudenten auf der Strasse. Industriearbeiter spielten keine treibende Rolle. Auch die Bauern standen der städtischen Protestbewegung skeptisch gegenüber. Die Führer der Opposition brachten mit den Muslimen des Sandschak und den Albanern des Kosovo keine Aktionsgemeinschaft zustande. Rugova, der Chef der Albaner,

meinte im "Figaro", die Opposition habe den Albanern nicht mehr zu bieten als Milošević. Die beiden Protagonisten der Opposition, Vuk Drašković und Zoran Djindjić, waren beide serbisch-nationalistisch gesinnt, gaben sich aber den westlichen Medien gegenüber als demokratische und tolerante Politiker.

Milošević gelang es im Frühjahr 1997, seine Gegner auszumanövrieren. Von einem gehorsamen Parlament liess er sich zum Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien (Rest-Jugoslawien) erheben. An eine politische und wirtschaftliche Oeffnung des in seinem Wesen immer noch kommunistischen Herrschaftssystem war weiter nicht zu denken.

Die Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK) zog eine Bilanz des Misserfolgs von zehn Jahren des friedlichen Widerstands unter Rugova. Doch die ersten Scharmützel 1998 zwischen UÇK und serbischen Kräften bewogen die "internationale Gemeinschaft" keinesfalls zur Abkehr von Milošević, den man seit Dayton zur Stabilisierung des Balkans brauchte. Erst 1999, als Milošević die Zustimmung zu Rambouillet verweigerte und nach dem Eingreifen der NATO die Vertreibung der Kosovoalbaner in unvorstellbarem Masse radikalisierte, wurde der Herrscher von Belgrad zum schwarzen Schaf der westlichen Regierungen. Er musste schliesslich kapitulieren.

Strassendemonstrationen der Opposition im Oktober 1999 führten zu nichts. Die Anklage des Haager Tribunals, die Unmöglichkeit für Serbien, aus dem Stabilitätspakt für Südosteuropa Nutzen zu ziehen, solange Milošević an der Macht blieb, die selektive Hilfe, die den Städten der Opposition gebracht wurde, all diese Massnahmen hatten in der serbischen Bevölkerung denselben Effekt wie die Sanktionen: einen patriotischen Reflex und ein Gefühl der Ungerechtigkeit gegen das, was als eine antiserbische Politik angesehen wurde.

Es war bezeichnend, dass 18 Oppositionsparteien im Herbst 2000 einen Erznationalisten, Vojislav Koštunica, zum Gegenkandidaten bei der Präsidentschaftswahl machen mussten. Während die Bundeswahlkommission als offizielles Ergebnis 48,2 % für Koštunica und 40,2 % für Milošević angab und eine Stichwahl ansetzte, erreichte Koštunica nach Zählungen der Opposition mit 54,7 % die absolute Mehrheit. Bergarbeiterstreiks, Massendemonstrationen und Protestaktionen setzten ein. Ein Sternmarsch einer halben

Million Menschen nach Belgrad endete am 5. Oktober 2000 mit der Erstürmung des Parlaments und der staatlichen Rundfunkanstalt. Koštunica leistete den Amtseid als neuer jugoslawischer Staatspräsident. Milošević fand in seiner Präsidentenvilla in einem Belgrader Vorort Zuflucht.

Am 26. Februar 2001 ordnete die serbische Regierung strafrechtliche Ermittlungen gegen Milošević an. Am 1. April gelang die Festnahme des Ex-Präsidenten. Vorgeworfen wurden ihm Unterschlagung staatlicher Einnahmen und Amtsmissbrauch. Ermittelt wurde auch wegen des Verdachts des Transfers staatlicher Vermögenswerte. Der Haftbefehl des UN-Kriegsverbrechertribunals vom 27. Mai 1999 blieb unberücksichtigt. Erst unter dem ultimativen Druck der USA setzte sich der serbische Ministerpräsident Djindjić gegen Koštunica durch und lieferte Milošević am 28. Juni 2001 an Den Haag aus. Am 29. Juni tagte in Brüssel die Geberkonferenz von 42 Staaten und 25 internationalen Organisationen. Sie sagte Jugoslawien Finanzhilfen im Umfang von 1,28 Mrd. Dollar zu. Am 3. Juli wurde Milošević als erster ehemaliger Staatsoberhaupt einem internationalen Strafgerichtshof vorgeführt.

Am 12. Februar 2002 begann vor dem UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag der Prozess gegen Milošević. Dem ehemaligen serbischen und jugoslawischen Präsidenten wurden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verstöße gegen die Genfer Konventionen und Verletzung des Kriegsrechts vorgeworfen. Dabei ging es um systematische Vertreibungen ("ethnische Säuberungen") von Nichtserben, um Deportationen, Morde und Massaker, um Verfolgung aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen. Das Gericht ging bei allen Milošević zur Last gelegten Verbrechen von einer einheitlichen Strategie aus, dem Versuch nämlich, mit militärischer Gewalt einen grossserbischen Staat zu schaffen. Es gab drei getrennte Anklageschriften (Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo). In jener Anklageschrift, die den Krieg in Bosnien umfasste, wurden Milošević auch Völkermord (Genozid) und Beihilfe zum Völkermord vorgeworfen. Er wurde beschuldigt, in der Absicht gehandelt zu haben, die bosnischen Muslime und die bosnischen Kroaten "ganz oder teilweise, als nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe zu zerstören". (Im August 2001 war der frühere General der Armee der bosnischen Serben, Radislav Krstić, wegen Genozids, begangen an den Musli-

men von Srebrenica nach der Eroberung der Enklave durch die Truppen der bosnischen Serben am 11. Juli 1995, zu einer Freiheitsstrafe von 46 Jahren verurteilt worden.) In allen drei Anklageschriften wurde Milošević beschuldigt, die ihm zur Last gelegten Kriegsverbrechen geplant, befohlen, begangen, dazu aufgehetzt oder aber bei der Planung, Vorbereitung und Ausführung geholfen oder die Täter in anderer Weise begünstigt zu haben. Milošević anerkannte das Gericht nicht und wollte sich selber verteidigen. Angesichts des Umfangs der Akten war er auch als Jurist überfordert. Er starb am 11. März 2006 im Gefängnis an Herzversagen. Er wurde am 18. März in Požarevac beigesetzt. In Serbien wurden wieder einmal Verschwörungstheorien herumgeboten.